Warmbrunner Nachrichten

Unparteiische Tageszeitung für das Riesengebirge.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. — Bezugspreis: Wöchentlich 35 Pfg., monatlich 1,45 Mk., durch die Post 1,40 Mk. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben die Bezieher kein Anrecht auf Nachlieferung.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Petitzeile 15 Pfg., für auswärtige Inserenten 25 Pfg., die 3-gespaltene Reklame-Zeile 75 Pfg. bezw. 1.— Mk., tabellarischer Satz bis 100 Prozent Zuschlag. Etwaiger Rabatt wird hinfällig, wenn der Betrag nicht innerhalb 3 Tagen nach Rechnungserhalt bezahlt ist, ebenso erlischt derselbe bei Konkurs od. gerichtl. Beitreibung.

Schriftleitung: H. Fleischer, Druck und Verlag: P. Fleischer, Warmbrunn, Voigtsdorfer-Straße 3. Fernsprecher Nr. 115. — Postscheckkonto: Nr. 6746 Breslau

Nummer 256. Sonnabend, den 31. Oktober 1925. 44. Jahrgang.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Reichskanzler Dr. Luther verbreitete sich in einer Rede zu Essen ausführlich über die mit den Beschlüssen von Locarno in Zusammenhang stehenden Fragen.

* In Frankreich ist die Ministerkrisis mit der Bildung einer neuen Regierung Painlevés beendet worden, in der Briand als Außenminister bleibt.

* Mussolini hielt in Mailand anläßlich der Nationalfeier der Faschisten eine Rede, in der er betonte, daß das gegenwärtige Jahrhundert der Machterhaltung Italiens dienen müsse.

„Klarer Tatbestand".

Die zweifellos infolge der Vorgänge um den Vertrag von Locarno bestehende innerpolitische Krise hat neue Beleuchtungen erfahren durch die soeben in Essen gehaltene Rede des Reichskanzlers Dr. Luther wie durch verschiedene Parteibeschlüsse. Von politischer Seite wird uns dazu geschrieben:

Ein süddeutsches Zentrumsblatt schrieb vor kurzem, Dr. Luther und Dr. Stresemann hätten den Vertrag von Locarno unterschrieben, weil sie davon überzeugt waren, die Zusagen, die ihnen Briand gemacht hätte, würden zur Wirklichkeit. Wenn also diese Überzeugung eine Enttäuschung erfahre, müßte Briand, der von seinem Land dann im Stich gelassen würde, zurücktreten. Aber das gleiche müßten auch die beiden deutschen Minister tun und das Werk von Locarno wäre damit überhaupt erledigt.

Dr. Luther hat nun in einer bedeutungsvollen Rede, die er soeben in Essen auf der dortigen Medizinischen Woche hielt, diese Festlegung ausdrücklich ausgesprochen. In der Überzeugung, daß „die Auswirkung des Friedenswerkes von Locarno rechtzeitig verwirklicht" würde, sei die Unterzeichnung erfolgt. Dr. Luther sagte wörtlich: „Die politische Existenz der beiden deutschen Minister ist mit dieser Auffassung auf das engste verbunden." Das ist überaus eindeutig — wenn man nur erst wüßte, welche „Auswirkung" denn nun von der Regierung als deutsches Lebensinteresse betrachtet und verwirklicht werden soll. Angeblich soll über die Abänderung des Besetzungsregimes am Rhein, nicht aber über eine Abkürzung der Besetzungsfrist verhandelt werden; Gegenstand zunächst einer Anfrage soll übrigens jetzt auch das Investigationsprotokoll von Genf, also die Militärkontrolle des Völkerbundes über Deutschland, geworden sein. Dr. Luther hat jedenfalls in Essen erklärt, auf dem Gebiete der Rückwirkungen werde praktisch und intensiv weitergearbeitet; denn es müsse „ein klarer Tatbestand" in dieser Frage herbeigeführt werden.

Auf diesen „klaren Tatbestand" legt der Kanzler das größte Gewicht, weil nur dadurch „ein deutlicher Beweis für den Friedenswillen von Locarno" geliefert werde. Das geht zweifellos an die Adresse der Gegenseite in Paris und London. Mit ein paar unverbindlichen Redensarten, Versprechungen oder einem „wir werden schon alles mögliche tun, wenn ihr nur unterschreibt" will sich Dr. Luther nicht zufrieden geben und — kann es auch gar nicht. Zum „klaren Tatbestand" der Rückwirkungen gehört aber nicht — wie Dr. Luther ausdrücklich betonte — die etwaige Räumung Kölns.

Dr. Luther besprach auch Bestrebungen, aus der augenblicklichen politischen Konstellation irgendwelche Folgerungen weitgehendster Art zwecks Umgestaltung der gesamten Innenpolitik zu ziehen. Es käme zurzeit lediglich auf das außenpolitische Problem an, das heute und bis zum 1. Dezember die alleinige Schicksalsfrage des deutschen Volkes darstelle, jenseits aller parteipolitischen Gebundenheiten. Er will also offenbar — wenn die Rückwirkungen wirklich klarer Tatbestand werden sollten — den Reichstag über das Ja oder Nein der Unterschrift entscheiden lassen, ohne vorherige Abmachungen mit irgendwelchen Parteien. Die Sozialdemokratie hat soeben nach einer Sitzung des Vorstandes der Reichstagsfraktion parteiamtlich erklärt, daß sie in ihrer scharfen Opposition zu Luther verharren und nicht einfach den Vertrag ratifizieren wolle, sondern Neuwahl des Reichstages verlange. Gleichzeitig soll die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich am 6. November darüber schlüssig werden, ob sie den kommunistischen Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstages unterstützen und damit durchführen wolle. Der Vorstand der kommunistischen Reichstagsfraktion hat den Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion nämlich ersucht, den kommunistischen Antrag zur sofortigen Einberufung des Reichstages zu unterstützen, da dieser Antrag vom stellvertretenden Reichstagspräsidenten Rießer wegen nicht genügender Unterstützung zurückgewiesen wurde. Wird der Antrag auf Einberufung von einem Drittel der Reichstagsabgeordneten gestellt, muß ihm nachgegeben werden. Übrigens scheint bei den Parteien keine Lust zu bestehen, den Wahlkampf etwa vor dem 1. Dezember zu entfesseln, da man ja nicht übersehen könne, ob die Regierung überhaupt bis dahin die Annahme des Vertrages vom Reichstag fordere. Erst müssen sich die Dinge völlig geklärt haben, ehe man die entscheidende Frage an den Reichstag oder — an das deutsche Volk stellen könne.

Der deutsche Außenminister Dr. Stresemann soll, wie die englische Presse berichtet, im Ausland erklären lassen, daß die deutsche Regierung entschlossen sei, den Vertrag durchzusetzen, vorausgesetzt natürlich, daß die Zugeständnisse der Gegenseite sanktioniert und für verbindlich erklärt werden. Nur noch einen Monat ist Zeit dafür, daß die Entente durch die Tat diese Annahme ermöglicht.

*

Dr. Luther wieder in Berlin.

Reichskanzler Dr. Luther ist aus Essen wieder nach Berlin zurückgekehrt. Der Beschluß des Vorstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist ihm übermittelt worden. Dr. Luther soll beabsichtigen, in der abwartenden Haltung zu verharren, bis irgendwie über die praktischen Folgerungen, die die Vertragsgegner aus dem Vertrag von Locarno zu ziehen haben, Klarheit geschaffen ist. Erst dann will Dr. Luther noch einmal mit den Parteien in Verbindung treten und weitere Schritte infolge der Beschlüsse unternehmen, die die Parteien auf Grund der dann geschaffenen Lage fassen.

Briand wieder Außenminister.

Der Ruck nach links.

Painlevé ist die Bildung eines neuen Kabinetts gelungen, dessen Zusammensetzung folgende ist: Ministerpräsident und Finanzminister: Painlevé. Das Finanzministerium ist getrennt worden in ein Schatzministerium, das Ministerpräsident Painlevé leitet, und in ein Finanzministerium für Budgetfragen, an dessen Spitze der Unterstaatssekretär Bonnet tritt. Justiz: Chautemps (radikal), Außenministerium: Briand (Soz.-Repl.), Innenministerium: Schrameck (Senator, radikal), Krieg: Daladier (radikal), Marine: Borel (radikal), Öffentliche Arbeiten:

Briand. Painlevé.

De Monzie (radikal), Unterricht: Delbos (radikal), Landwirtschaft: Jean Burand (radikal), Handel: Leon Perrier (Senator, radikal), Kolonien: Daniel Vincent (radikal), Pensionen: Anterion (Soz.-Repl.), Arbeitsminister: Durafour (radikal). Unterstaatssekretariate: Befreite Gebiete: Schmidt, Luftschiffahrt: Laurent Eynas, Techn. Unterricht: Benazet, Handelsmarine: Danielon, Unterstaatssekretariat beim Ministerpräsidium: Berthed (radikal).

Das Kabinett enthält einen großen Teil der bisherigen Minister und Unterstaatssekretäre sowie mehrere Politiker, die dem Kabinett Herriot angehört haben und im April zusammen mit Herriot zurückgetreten sind. Die Zusammensetzung des neuen Kabinetts Painlevé markiert einen Ruck nach links, der allerdings nicht so groß ist, wie ihn die Sozialisten erhofft hatten. Ausgeschieden sind lediglich Finanzminister Caillaux und dessen Freunde Hesse und Laval. Durch die Ausschiffung von Caillaux wird das Fiasko seiner Finanzpolitik öffentlich dokumentiert. Die französische Regierung will dem Verfall des Frank mit neuen Experimenten zu Leibe gehen; darauf deutet einmal die Neuteilung der französischen Finanzverwaltung hin, zum anderen beabsichtigt Painlevé aber auch, das Amt des Gouverneurs der Bank von Frankreich mit einem neuen Mann, und zwar mit dem ehemaligen Handelsminister Chaumet, zu besetzen.

Von besonderer internationaler Bedeutung ist die Wiederbesetzung des französischen Außenministeriums mit Briand. Der außenpolitische Kurs des neuen Kabinetts Painlevé wird demnach nicht geändert werden. Auch dieses Kabinett Painlevé wird für den Vertrag von Locarno, insbesondere aber für die der deutschen Delegation mündlich gegebenen Zusicherungen der Besetzungserleichterungen eintreten müssen.

Eine Kraftrede Mussolinis.

Nationalfeier der Faschisten.

Die Nationalfeier zur Erinnerung an den Marsch der Faschisten nach Rom wurde in ganz Italien festlich begangen. Die Hauptfeierlichkeiten fanden wiederum in Mailand statt. Mussolini nahm zu Pferde in der Milizuniform, umgeben von der Generalität des Heeres und den Führern der Miliz, den Vorbeimarsch der Garnison ab. Ihm folgte der Vorbeimarsch der lombardischen Miliz, die aus ganz Norditalien hier zusammengeströmt war. An der Truppenschau nahmen auch die ausländischen Militärattachés Englands und Frankreichs teil, Belgien war jedoch nicht vertreten.

In der Mailänder Scala hielt Mussolini eine Rede, in der er ausführte: Das verflossene Jahrhundert war das Jahrhundert unserer Unabhängigkeit. Das gegenwärtige Jahrhundert muß auf allen Gebieten das Jahrhundert unserer Machtentfaltung sein. Alle meine Bemühungen sind auf dieses Ziel gerichtet, und ich habe ein felsenfestes Vertrauen zur Zukunft des italienischen Volkes." (Begeisterter Beifall.)

Weiter verteidigte Mussolini den Faschismus, dessen Devise laute: „Alles dem Staate." Die undiskutierbare und unanfechtbare Voraussetzung dieser Faschistenherrschaft sind die Monarchie und die Dynastie. (Alle Anwesenden erheben sich und rufen: Es lebe der König!) Alles übrige sind Einrichtungen, die unvollkommen waren, als sie entstanden, und heute noch unvollkommen sind. Wir haben unter der zu weitgehenden Macht des Parlaments gelitten. Als die modernen Nationen entstanden, war eine liberale Staatsform möglich, weil die Bevölkerungen noch klein waren. Jetzt haben sich die Verhältnisse radikal geändert.

Gröner sagte die Revolution voraus.

Der Dolchstoßprozeß in München.

(9. Tag.) § München, 29. Oktober.

Im Dolchstoßprozeß hält Admiral von Trotha dem Zeugen Noske gegenüber aufrecht, daß der beabsichtigte Flottenvorstoß zerschlagen worden sei, weil die Mannschaften ihr Leben für eine letzte Sache nicht mehr einsetzen wollten. Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Otto Wels, schildert dann eingehend die innerpolitischen Schwierigkeiten, die sich im Laufe des Krieges herausbildeten. Die Annexionspläne der Alldeutschen wurden von den Sozialdemokraten, die für alle Sicherungsfragen eintraten, scharf bekämpft. Die allgemeine

Empörung der breiten Massen

sei durch die Nichterfüllung der versprochenen Wahlreform erheblich gewachsen. Die Revolution sei nicht gemacht worden, sondern von selbst gekommen. Der deutsche Kaiser habe auch die Friedensabsichten der deutschen Sozialdemokraten anerkannt, die zur Abhaltung der Stockholmer Konferenz im Jahre 1917 geführt hatten. Sodann kam der frühere Reichsverkehrsminister Generalleutnant a. D. Gröner zur Vernehmung, dem in einem Artikel in den Dolchstoßheften der Süddeutschen Monatshefte zum Vorwurf gemacht wird, daß er

den Kaiser verraten

habe. Der Zeuge führte u. a. aus: Die Zermürbung des Kriegsgeistes in der deutschen Nation habe 1916 begonnen. Bei den Verhandlungen über die Gründung des Kriegsernährungsamtes, in dessen Vorstand er dann eintrat, zeigte sich eine starke Erbitterung auf seiten der Arbeiterschaft über die

Mißstände im Ernährungswesen,

und es wurden Vorwürfe gegen die Regierung erhoben, daß sie nichts tue für die Beseitigung dieser Mißstände. Ihm sei im Frühjahr der Munitionsarbeiterstreik nicht überraschend gekommen. Inwieweit die U. S. P. bei diesem Streik sich politisch hineingemischt hat, könne er nicht sagen. Er müsse aber gestehen, daß er sie im Verdacht hatte. Ende April dieses Jahres drohte dann ein neuer Streik. Sowohl die Freien wie die Christlichen Gewerkschaften und die Führer der Sozialdemokratischen Partei hätten sich jedoch bemüht, diesen Streik vorzubeugen. Der Führer der U. S. P., der verstorbene Abgeordnete Dr. Haase, habe ihm in die Hand versprochen, daß der Streik nicht ausbrechen werde. Generalleutnant Gröner bekundete weiter, in kleineren Kreisen habe er damals öfter den Standpunkt vertreten, daß bei einem Verlust des Krieges

die Revolution drohe

und die staatliche Form einem etwaigen Ansturm nicht standhalten würde. Er habe auch mit politischen Persönlichkeiten über diese Frage Rücksprache genommen, darunter mit dem verstorbenen Grafen Schwerin-Löwitz, Herrn v. Wangenheim und Hugo Stinnes, der erwidert habe: Sie sehen zu schwarz, Ludendorff wird siegen! Er habe ihm dann noch nachgerufen: Ludendorff wird nicht siegen! Aus welchem Grunde er diese Auffassung hatte, brauche er wohl nicht darzulegen. General Gröner erklärte weiter, er sei der Auffassung gewesen, daß ein Wechsel im Reichskanzleramt notwendig wäre und daß ein

Reichskabinett der Landesverteidigung

gebildet würde, nicht etwa auf der Grundlage des parlamentarischen Systems, sondern einer besonderen Konstruktion zu Kriegszwecken. Daran sollten sämtliche Parteien beteiligt werden, einschließlich der N. S. P. Die sofortige Einführung eines anderen Wahlrechts in Preußen und eine andere Form des Belagerungszustandes habe er ebenfalls für notwendig gehalten. An den Reichskanzler sei eine Denkschrift gerichtet worden, in der die Notwendigkeit eines staatlichen Eingreifens zur Regelung der Unternehmergewinne und der Arbeiterlöhne betont wurde. Ludendorff gegenüber habe er um die Wende von März zu April 1917 seine Auffassung über den Ersatz dahin zusammengefaßt, daß vom Frühjahr 1918 ab auf einen Ersatz mit Sicherheit nicht mehr gerechnet werden könne.

Als Chef der 33. Division an der Westfront im Jahre 1917 habe er niemals den Eindruck gewonnen, daß irgendwelche politische Propaganda unter den Truppen herrsche. Im Gegensatz zu General Ludendorff habe er die Lage an der Westfront im Mai 1918 nicht so günstig beurteilt, da die Westfront anfing eine Schlangenlinie zu bilden, was den Feinden Anlaß zu Flankenvorstößen gab. Während im September an den maßgebenden Stellen in Berlin eine geradezu idyllische Ruhe herrschte, habe ihm Ludendorff am 24. September in Spaa erklärt, er könne noch einige Monate aushalten,

bis Weihnachten müsse aber Friede sein.

Völlig überraschend kam dann einige Tage später das Waffenstillstandsangebot Ludendorffs. Als letzte Rettung habe er, so erklärte der Zeuge weiter, in Berlin vorgeschlagen, den Kaiser zu veranlassen, sich an die Front zu begeben. Das sei aber abgelehnt worden. Bei einer Besprechung mit den Führern der Sozialdemokratie am 6. November habe der spätere Reichspräsident Ebert erklärt, um die Monarchie zu retten und die Revolution zu verhindern, sei die sofortige Abdankung des Kaisers notwendig, man müsse den Prinzen Eitel-Friedrich oder den Prinzen Oskar mit der Regentschaft betrauen. Diesen Vorschlag mußte Gröner aber ablehnen. Der Zeuge Gröner bezeichnet sich in diesem Zusammenhang insofern als schuldig, als er den Vorschlag Eberts, der zur Rettung der Monarchie führen sollte, damals nicht angenommen habe. Am 10. November abends habe er mit dem Volksbeauftragten Ebert ein Bündnis zur gemeinsamen Bekämpfung der Revolution abgeschlossen.

Steht wirtschaftliche Besserung in Aussicht?

(Von einem bekannten Wirtschaftsfachmann.)

Die Frage, ob wir in Deutschland in nächster Zukunft eine wirtschaftliche Besserung rechnen dürfen, erscheint im gegenwärtigen Augenblick wieder einmal besonders zeitgemäß, weil Politik und Wirtschaft mehr als jemals aufs engste miteinander zusammenhängen. In den jüngsten Wochen hatten bereits mehrere führende deutsche Großindustrielle, vor allem Geheimrat Peter Klöckner, der Leiter des Klöckner-Konzerns, sowie Otto Wolff in Köln, der Gründer des gleichnamigen Eisenkonzerns, der Ansicht Ausdruck verliehen, daß der Tiefpunkt der Konjunktur erreicht sei und daß wieder die Aussicht auf Besserung bestehe. Auch in der Bankwelt begegnete man ähnlichen Anschauungen, und in den Wochenberichten der Berliner Großbanken wurde gleichfalls der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß infolge des Locarnovertrags, infolge der gebesserten internationalen Beziehungen und der Wahrscheinlichkeit erheblicher Auslandskredite die wirtschaftliche Lage in Deutschland sich langsam wieder bessern werde und wir einer Erholung entgegengingen.

Auch auf die Amerikareise des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht setzte man große Hoffnungen. Offiziell wurde zwar erklärt, daß die Reise des Reichsbankpräsidenten nach Amerika nur die Erwiderung eines Besuchs amerikanischer Finanzmänner in Deutschland, also einen einfachen Höflichkeitsakt, darstelle; aber schon der Zeitpunkt der Reise sowie die Tatsache, daß sich auf dem gleichen Dampfer wie Dr. Schacht auch mehrere deutsche Bankiers und Großindustrielle befanden, ließen deutlich erkennen, daß es sich in Wirklichkeit um weit mehr als einen bloßen Höflichkeitsbesuch des Reichsbankpräsidenten in Amerika handle. An diese Reise hatten sich auch ziemlich weitgehende Hoffnungen geknüpft, daß eine Freigabe des während der Kriegszeit in Amerika beschlagnahmten deutschen Eigentums erfolgen werde, wobei Werte von vielen Millionen Goldmark in Betracht kommen, und zwar vor allem der bedeutende ehemalige Besitz der deutschen Reedereien. Eine Reihe von Kreditverhandlungen befand sich vor kurzem bereits in einem vielversprechenden Stande und allgemein galt es als feststehend, daß diese zu einem günstigen Abschluß in allernächster Zeit gelangen würden. Angesichts der großen Geldknappheit, welche gegenwärtig in Deutschland herrscht, mußte natürlich die Bereitwilligkeit der amerikanischen Finanzwelt, uns die zum Wiederaufbau erforderlichen Kapitalien zur Verfügung zu stellen, eine gewisse Hoffnungsfreudigkeit wachrufen, und ziemlich allgemein machte sich die Überzeugung geltend, daß die schwere Zeit der Krise ihrem Ende entgegengehe, daß wir wieder auf bessere Tage rechnen könnten.

Diese Hoffnungen haben durch die jüngste Entwicklung der Dinge eine gewisse Erschütterung erfahren und das deutsche Wirtschaftsleben würde zum Beispiel schon unter etwaigen Vorbereitungen für Neuwahlen zum Reichstage empfindlich zu leiden haben. Man hat im Laufe der verflossenen Jahre oft genug gesehen, daß Zeiten starker politischer Erregung, wie sie unzertrennbar von der Wahlagitation sind, regelmäßig einen nachteiligen Einfluß auf das Wirtschaftsleben ausüben und eine starke Zurückhaltung der Käufer mit sich bringen. Ebenso besteht die Gefahr, daß die verschiedenen, zurzeit schwebenden Kreditverhandlungen eine Verzögerung erfahren könnten, wenn man auch keineswegs etwa mit ihrem Abbruch zu rechnen braucht. Angesichts der zurzeit herrschenden katastrophalen Geldknappheit ist aber natürlich auch jede Verzögerung unerwünscht, und es steht zu hoffen, daß die ausländischen Geldgeber die deutschen Verhältnisse nicht ungünstiger beurteilen, als sie in Wirklichkeit sind.

Darüber muß man sich natürlich klar sein, daß eine längere Krise und Neuwahlen im Reiche manche internationalen Verhandlungen wirtschaftlicher Natur verschleppen könnten, und daß man sich mit dieser Tatsache abfinden muß. Der Gesundungsprozeß der deutschen Wirtschaft erleidet durch die neuaufgetauchten politischen Schwierigkeiten fraglos eine Verzögerung, doch handelt es sich dabei vielleicht nur um eine solche von kurzer Dauer. Wer also etwa geglaubt hatte, die Besserung der Wirtschaftslage werde sich in schnellem Tempo vollziehen, dürfte sich unter allen Umständen stark getäuscht haben. Übereilte Hoffnungen an die Verhandlungen von Locarno zu knüpfen, war überhaupt nicht angebracht. Andererseits aber darf man auch heute noch der Ansicht sein, daß wir einer allmählichen Gesundung entgegengehen, und daß uns auch auf alle Fälle ausländische Hilfe hierbei zuteil werden wird, selbst wenn es im Augenblick in dieser Beziehung weniger günstig aussieht und man sich auf eine Pause in den verschiedenen schwebenden Verhandlungen gefaßt machen muß. E. N.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Die polnische Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Polen und Deutschland hat sich nach Berlin begeben, ebenso der deutsche Gesandte Ulrich Rauscher. Die Verhandlungen beginnen in den allernächsten Tagen. Noch immer glaubt man in Warschauer Regierungskreisen, daß man schon in den nächsten Wochen ein Provisorium werde abschließen können, womit der Zollkrieg zwischen den beiden Staaten sofort aufhören würde.

Eine Arbeitskammer im Saargebiet.

Eine Verordnung der Regierungskommission des Saargebiets über die Einrichtung einer Arbeitskammer im Saargebiet bekundet in der Einleitung die Absicht, die Eintracht zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu fördern, und den Entschluß, zwischen dem Saargebiet und dem Internationalen Arbeitsamt dauernde Zusammenarbeit zu ermöglichen. Die Verordnung, die dreizehn Artikel umfaßt, soll nach ihrem Wortlaut der Arbeitskammer das Recht geben, „Gutachten und Wünsche der Regierungskommission zu unterbreiten", die die Interessen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer betreffen. Diese Gutachten und Wünsche sollen sich erstrecken auf Arbeitszeit, Schutzbestimmungen, Arbeitsmarkt, Krankheitsschutz, Sozialversicherung, Fortbildung, Berufsvertretung, Tarifbestimmungen und Kriegsbeschädigtenarbeit. Irgendwelche Entscheidungen in allen diesen Fragen liegen der Kammer nicht ob. Die Verordnung entspricht durchaus nicht dem Entwurf, wie ihn der Landesrat festgelegt hat, und ruft bei Arbeitgebern wie auch bei Arbeitnehmern in gleicher Weise Mißstimmung hervor.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die beim Ausbruch des Weltkrieges aufgehobene Telegraphenverbindung Berlin—Moskau ist am 25. Oktober wieder eröffnet worden.

München. Eine von der Kommunistischen Partei für den 2. November einberufene Versammlung, in der Professor Mager über „Kirche, Staat und das kommende Reichsschulgesetz" sprechen sollte, ist von der Polizeidirektion München verboten worden.

Prag. Die Direktion der staatlichen Wälder und Güter in Oberrochlitz im Riesengebirge hat sämtliche deutschen Orientierungstafeln in ihrem Bereich, die Eigentum des deutschen Riesengebirgsvereins sind, abnehmen lassen.

Moskau. Anfang Dezember wird hier eine chinesische Universität eröffnet werden, die den Namen Sunyatsens tragen und 250 Chinesen aufnehmen wird. Zum Rektor der Universität ist Radek gewählt worden.

Newyork. Die deutschen Teilnehmer an der Tagung der Interparlamentarischen Union haben sich größtenteils zur Rückreise nach Deutschland eingeschifft. Reichskanzler a. D. Wirth reiste mit dem „Columbus" ab, Reichstagspräsident Löbe mit dem Dampfer „Deutschland".

Vermischte Drahtnachrichten aus aller Welt

Der Parteitag der Deutschnationalen.

Berlin, 29. Oktober. Wie man erfährt, hat die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei beschlossen, den diesjährigen Parteitag am 16. November in Berlin abzuhalten. Dem Parteitage wird am 15. November eine Vertreterversammlung vorangehen. Das genaue Programm des Parteitages steht noch nicht fest, doch dürfte nach einer Eröffnungsansprache des Vorsitzenden zu den großen Fragen der Außenpolitik und der Wirtschaftskrise eingehend in Referaten Stellung genommen werden.

Hundertjahrfeier der Technischen Hochschule in Karlsruhe.

Karlsruhe, 29. Oktober. In besonders feierlicher Weise beging die Technische Hochschule „Fridericiana" die Feier ihres hundertjährigen Bestehens mit einem Festakt im Badischen Landestheater. Im Zuschauerraum bemerkte man den Staatspräsidenten Dr. Hellpach mit den Mitgliedern der badischen Regierung, die Vertreter aller staatlichen und städtischen Behörden. Der Festrede folgte eine größere Reihe von Ansprachen. Staatspräsident Dr. Hellpach sprach namens der badischen Staatsregierung der Hochschule den Glückwunsch zu dem heutigen Jubiläum aus. Das Staatsministerium hat beschlossen, eine Staatsstiftung im Kapitalbetrage von 150 000 Mark zu errichten, deren Zinsertrag ausschließlich für die Förderung würdiger und bedürftiger Studierender der Hochschule „Fridericiana" durch Stipendien verwendet werden soll. Auch der Vertreter des Reichskanzlers Dr. Luther überbrachte Glückwünsche.

Teilschiedsspruch im Prozeß des Hauses Sachsen-Weimar-Eisenach.

Jena, 29. Oktober. In dem Prozeß des Großherzoglichen Hauses von Sachsen-Weimar-Eisenach hat das Oberlandesgericht in Jena auf die Schiedsverhandlungen vom 14. Oktober 1925 nur über den Rentenanspruch der Kläger entschieden und folgenden Teilschiedsspruch gefällt: „Das Land Thüringen hat an die Schiedskläger für die Zeit nach dem 1. Oktober 1923 eine jährliche Rente von 100 000 Reichsmark nach Maßgabe der Bestimmungen des § 17 des Auseinandersetzungsvertrages vom 18. bis 24. Oktober 1921 zu zahlen unter Anrechnung der bisher schon für die Zeit nach dem 1. Oktober 1923 gezahlten Rente nach deren Goldwert zur Zeit der Zahlung. Die weitergehenden Rentenansprüche und der Anspruch auf Verzinsung der rückständigen Rentenbeträge werden abgewiesen. Die Entscheidung über die Kosten bleibt dem Endschiedsspruch vorbehalten."

Tagung des Völkerbundverbandes in Dresden.

Bern, 29. Oktober. Das Präsidium des Internationalen Völkerbundverbandes hat einstimmig die deutsche Einladung angenommen, den nächsten Kongreß in Dresden abzuhalten.

Der Rückzug der Griechen.

Paris, 29. Oktober. In der heutigen Vormittagssitzung nahm der Völkerbundrat ein Telegramm der griechischen Regierung über den Rückzug der griechischen Truppen und den ersten Bericht der nach dem Streitgebiet entsandten Offizierskommission zur Kenntnis. Danach vollzieht sich der griechische Rückzug in normalen Grenzen. Heute nachmittag wird die Untersuchungskommission ernannt werden, die aus einem englischen Diplomaten, einem französischen und einem italienischen Offizier und einem schwedischen und einem belgischen Zivilisten bestehen soll.

Preußischer Landtag.

(88. Sitzung.) tt. Berlin, 29. Oktober.

Der Ältestenrat des Landtages hat beschlossen, zur Förderung der Etatsberatungen nunmehr zweite, sog. Abend- oder Nachtsitzungen, einzuschieben, deren erste gestern stattfand. Der Bergetat wurde in dieser Sitzung weiterberaten. Abg. **Hartmann** (Dem.) erklärt eine Vereinbarung zwischen den kohlenerzeugenden Ländern für einen wünschenswerten Ausweg aus dem jetzigen chaotischen Zustand, der alle Länder benachteilige. Das würde zu gleicher Zeit ein Schritt auf dem Wege zur europäischen Zollunion sein. Es sei höchste Zeit, das Arbeitszeitgesetz im Reichstag zu verabschieden. Nach Bemerkungen der Abgg. **Schwenk**-Oberhausen (Wirtsch. V.), **Jakobs** (Soz.), **Martin** (Dnat.) kritisiert Abg. **Effert** (Ztr.) scharf die soziale Lage und die Erwerbslosenfürsorge in den Bergbaugebieten. Dann tritt Vertagung ein.

*

(89. Sitzung.) tt. Berlin, 29. Oktober.

Der Landtag beschäftigte sich heute mit den Anträgen auf Aufbesserung des Diensteinkommens der evangelischen und katholischen Pfarrer. Träger der Besoldungslast sind die Gemeinden, doch tritt der Staat mit Zuschüssen ein. Der Finanzminister hat sich bereit erklärt, in den Haushalt für 1926 dieselben Beträge wie für 1925 einzustellen. Die Aufbesserungsanträge sind im Ausschuß abgelehnt worden, doch hat der Ausschuß die Erwartung ausgesprochen, daß die Regierung sobald als möglich ein definitives Pfarrerbesoldungsgesetz vorlegen wird.

Der deutschnationale Abg. **Koch** verlangt schon für die Übergangszeit eine Erhöhung der Zuschüsse. Finanzminister Dr. **Höpker-Aschoff** erklärt, daß kein Notstand vorliege; der Staat stellt Beträge in Höhe von 63 Millionen für die Kirchen zur Verfügung. An erster Stelle müßten die Einkünfte des Pfründungsvermögens und die Steuerkraft der Kirchen in den Dienst der Pfarrerbesoldung gestellt werden. Abg. Zentrumsabg. Dr. **Linneborn** verlangt die Gleichstellung der katholischen Pfarrer mit den evangelischen in der Besoldung.

Auch Abg. **Meyer-Herford** (D. Vp). setzt sich für eine gesetzliche Regelung der Pfarrerbesoldung ein. Abg. **König** (Soz.) lehnt dagegen die Anträge ab, weil die Kirchen nach der Reichsverfassung nur Anspruch auf die ihnen rechtlich zustehenden

---

Lerne leiden...

ROMAN VON H. COURTHS-MAHLER

(Nachdruck verboten.)

Fast zu gleicher Zeit traten die Familienmitglieder von verschiedenen Seiten in das Speisezimmer. Oben an der Schmalseite des Tisches nahm Peter Aßmann Platz. Er war ein mittelgroßer, etwas beleibter Herr mit nicht sehr ausdrucksvollen Zügen. Ergrautes Haupthaar und ein eben solcher Vollbart umgaben sein frischgerötetes Gesicht, aus dem die guten klugen Augen Großtantings herausschauten. Sehr stark ausgeprägte Krähenfüße an den Augenwinkeln verrieten, daß Peter Aßmann einen stillen Humor besaß, der ihn befähigte, allen Dingen eine lustige Seite abzugewinnen. Er liebte Ruhe und Frieden über alles, und um sich beides zu erhalten, ließ er seiner noch immer herzlich geliebten Frau in allen Dingen, die nicht sein Geschäft betrafen, freie Hand.

Rechts von ihm saß Tante Adolphine, links Großtanting und neben dieser Bettina. Neben seiner Mutter war Georgs Platz.

Georg war ein sehr elegant gekleideter, stattlicher Mensch, etwa 30 Jahre alt und das, was man einen schönen Mann zu nennen pflegt im landläufigen Sinne. Sein sorgfältig frisiertes dunkles Haupthaar und der nach der neuesten Mode gestutzte Lippenbart verrieten die sorgfältigste Pflege. Seine sehr weißen Hände waren lang und schmal, aber nicht schön. Die Fingerspitzen waren zu breit und zu plump im Verhältnis zur Hand. Georg suchte diesen Fehler durch besonders lange und spitz zulaufende Fingernägel zu verbessern, doch bekamen seine Hände dadurch etwas Krallenartiges. Seine blauen Augen, gleich denen der Mutter von dunklen Brauen und Wimpern umsäumt, blickten kühl und nüchtern. In der ganzen Art seines Benehmens sprach sich viel Selbstgefälligkeit aus. Er konnte, wenn er wollte, sehr liebenswürdig sein. Zu Hause kam es ihm jedoch nie darauf an. Er pflegte allerdings seiner Mutter und der Großtante beim Kommen und Gehen artig die Hand zu küssen. Aber diese Artigkeit hatte etwas Steifes, Formelles und nichts Wohltuendes. Bettina gegenüber war er kaum höflicher, als wenn sie ein Dienstbote gewesen wäre. Nur wenn es sich gar nicht vermeiden ließ, richtete er das Wort an sie. Sie galt ihm nicht mehr als eine Dienerin. Er blickte auch heute kühl und gleichgültig an ihr vorbei. Und doch war sie wohl des Betrachtens wert. Selbst Onkel Peter sah wohlgefällig in ihr sanft gerötetes liebreizendes Gesicht und schenkte ihr einige Aufmerksamkeit.

Bei Tische wurden nur wenige gleichgültige Worte gewechselt, höchstens flog zwischen Großtanting und Peter Aßmann zuweilen ein humorvolles Scherzwort herüber und hinüber, welches Georg mit konventionellem matten Lächeln begleitete und Frau Adolphine meist zu ignorieren pflegte. Sie hatte ebenso wenig Sinn für den warmen, goldigen Humor, welcher den Grundzug dieser beiden Charaktere bildete, wie ihr Sohn Georg. Nur in Bettinas Augen leuchtete dann warmes Verständnis auf. Aber sie beteiligte sich nicht an der Unterhaltung, wenn sie nicht gefragt wurde. Tante Adolphine hätte das streng gerügt.

Nach Tisch verabschiedete sich Georg, wie fast jeden Abend, um noch in den Klub zu gehen. Er küßte Mutter und Tante Emma die Hand, „kühl bis ans Herz hinan," verabfolgte seinem Vater einen matten Händedruck und nickte Bettina nachlässig zu.

Peter Aßmann pflegte noch ein Stündchen bei den Damen sitzen zu bleiben, ehe er zu Skat und Schach ebenfalls in den Klub ging. Er plauderte freundlich einige Worte mit Bettina, neckte sich mit Großtanting und spielte mit den Fäden der Handarbeit, die seine Gattin gleich nach Tisch wieder aufnahm. Oft mußte ihm Bettina einige Volkslieder singen, die er sehr liebte. Sie besaß eine weiche, volle Altstimme und verstand, gerade einfache Lieder mit Wärme und Verständnis zu singen und zu begleiten. Selbst Frau Adolphine pflegte gern zuzuhören, wenn sie sang und gestattete ihr jeden Tag ein Übungsstündchen. Für Großtanting waren Bettinas Lieder ein Genuß, den sie mit keinem andern vertauscht hätte. Sobald das junge Mädchen in den Salon hinüberging, wo ein schöner Blüthner-Flügel stand, setzte sich das alte Fräulein mit behaglichem Gesicht in die Sofaecke und schloß lauschend die Augen.

So ging es einen Abend wie den andern. Wenn Peter Aßmann sich dann auch verabschiedet hatte, ging Großtanting mit Bettina hinüber in ihr Zimmer, um sich noch ein Stündchen vorlesen zu lassen. Adolphine blieb bei ihrer Handarbeit sitzen. Um zehn Uhr gingen die Damen zu Bett. Anders verliefen die Abende natürlich, wenn Gesellschaft im Hause war, oder wenn Aßmanns geladen waren. Jeden Winter wurden einige größere Festlichkeiten im Hause gegeben, wozu immer die erste Gesellschaft der reichen Handelsstadt geladen war. Da solche Einladungen natürlich erwidert wurden, war es, im Winter hauptsächlich, nicht eben selten, daß Großtanting und Bettina allein zu Hause blieben. Das alte Fräulein ging seit Jahren nicht mehr in Gesellschaften, nur wenn sie im Hause waren, beteiligte sie sich ein paar Stunden. Bei ihrem hohen Alter bedeuteten solche Geselligkeiten immerhin eine Anstrengung. Das war Frau Adolphine im Grunde sehr lieb. Hatte man doch dadurch den besten Vorwand, auch Bettina zu Hause zu lassen. Sie mußte eben Großtante Gesellschaft leisten.

Bettina war sehr damit zufrieden, bei Großtanting bleiben zu dürfen. Was sollte sie in Gesellschaft all der Menschen, die sie fast alle ein wenig von oben herab betrachteten und sich nicht viel um sie kümmerten. Die jungen Herren sahen wohl gern in ihr liebliches, süßes Gesicht und fanden sie reizend, entzückend. Aber da sie arm war und bei den Aßmanns nur aus Gnade und Barmherzigkeit Aufnahme gefunden hatte, hielten sie sich fern von ihr. Zu einer Liebelei war sie nicht zu haben und sonst — was sollte man sonst mit solch einem armen süßen Ding. Die konnte einen höchstens zu Torheiten verleiten. Also lieber nicht zu nahe heran.

(Fortsetzung folgt.)

Leistungen haben. Abg. Schwenck-Berlin (Komm.) schließt sich dem an. Abg. Graus (Dem.) teilt die Auffassung der Demokraten dahin mit, daß es ihnen unbillig erscheine, die Kirchen durch Staatssubsidien zu unterstützen, während der Finanzminister nicht wisse, wie er den Etat balancieren soll. Abg. Prelle (Wirtsch. Vgg.) tritt der demokratischen Auffassung entgegen. Auch der Minister irre, wenn er eine Notlage der Kirchen bestreite. Abg. Voß (Völk.) meint, auf bloßes Wohlwollen des Staates allein könnten die Kirchen sich nicht anweisen lassen.

Damit schließt die Beratung; die Abstimmung wird auf eine spätere Stunde verschoben und das Haus setzt die allgemeine Aussprache fort beim

Bergetat.

Handelsminister Dr. Schreiber erklärt, seine Verwaltung sei dabei, die in der Frage des Grubensicherheitswesens gefaßten Beschlüsse schleunigst durchzuführen. Die außerordentliche Höhe der Haldenbestände sei ein deutlicher Beweis dafür, wie außerordentlich schlecht tatsächlich die Lage des Ruhrbergbaues ist. Die Ursache dafür sei in dem Daniederliegen vieler Wirtschaftszweige, namentlich der für den Koksverbrauch besonders wichtigen Eisen- und Stahlerzeugung zu sehen. Es sei eine Überproduktion an Kohle entstanden, wobei die Gruben nicht einmal voll ausgenutzt werden konnten. Es gebe nur ein Mittel: die Produktion müsse dem Bedarf angepaßt werden. Das gehe nur durch Stillegung der Zechen, die am unwirtschaftlichsten sind. Der Minister ist aber der Hoffnung, daß der Stillegungsprozeß im wesentlichen abgeschlossen ist.

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 31. Oktober.

Sonnenaufgang	6^{55}	Mondaufgang	5^{2} N.
Sonnenuntergang	4^{31}	Monduntergang	6^{1} V.

1864 Friede zwischen Preußen und Dänemark. — 1892 Einweihung der erneuerten Schloßkirche zu Wittenberg.

□ **Allerheiligen und Allerseelen.** Allen Heiligen widmet die katholische Kirche den 1. November, vor allen aber den Heiligen, die sich keines besonderen Gedenktages erfreuen. Papst Gregor IV. hat diese Feier auf den 1. November verlegt, nachdem man sie früher am 12. Mai abgehalten hatte. Das Fest fand überall leicht Eingang und wurde stets feierlich begangen. In den Kirchen wird der Tag feierlich begangen, manche Volksvorstellungen und Gebräuche knüpfen sich an ihn. Auch mancher Spruch gedenkt dieses Tages. Die Witterung kündet folgender Spruch: „Willst wissen, ob's kalt oder warm werden mag, so geh' nur am Allerheiligentag in ein Gehölz zu einer Buchen, da sollst du ein untrüglich Zeichen suchen: Hau einen Span ab, zeigt er sich trocken, brauchst du nicht viel beim Ofen hocken; wenn aber feucht du findest den Span, kündet er grimmige Kälte an." Eine stille Weihe liegt über dem 2. November, dem Allerseelentage. Man denkt der Hingeschiedenen und schmückt ihre Gräber mit Blumen und Lichtern. Der sonst so friedliche, stille Kirchhof strahlt vielfach in katholischen Gegenden im Glanze unzähliger Kerzen. Schon frühzeitig pflanzte man am Allerseelentage brennende Lichter auf die Gräber von lieben Angehörigen. In Österreich, auch in der Pfalz, ist Allerseelen ein eigentliches Lichterfest. Und ergreifend singt der Dichter von den geschmückten Friedhöfen: — Der Wald so still, so kahl das Feld, das einst gerauscht in Ähren: — Ein Acker nur will heut' erblüh'n, von Lichtern hell, von Kränzen grün, betaut von Liebeszähren. „Herr, laß sie schau'n dein ew'ges Licht und ruh'n in ew'gem Frieden!" — Ums Jahr 1000 führte der Abt Odilo v. Clugny das Allerseelenfest ein; Papst Johann XVIII. erhob es 1106 zu einem allgemeinen Kirchenfeste. Das Konzil zu Trient setzte es 1550 endgültig auf den 2. November fest. Die Poesie hat manches tiefempfundene Lied zum Allerseelentage geschaffen, von dem es heißt: „Ein Tag im Jahre ist den Toten frei!"

□ **Landwirtschaftlicher Lehrgang in Ruhlsdorf.** Vom 25. bis 27. November d. J. findet in der Versuchswirtschaft für Schweinehaltung, -fütterung und -zucht in Ruhlsdorf der fünfte Lehrgang für praktische Landwirte, Gutsbeamte, Tierzuchtinspektoren, Schweinemäster u. a. statt. Auch Landwirtsfrauen und -töchter können an dem Lehrgang teilnehmen. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst hierzu mitteilt, wird das gesamte Gebiet der Schweinezuchthaltung und -fütterung nach den jahrelangen Ruhlsdorfer Erfahrungen eingehend behandelt. Neben dem Leiter der Versuchswirtschaft, Direktor Müller, haben führende Wissenschaftler, u. a. der Vater der modernen Schweinemast, Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Lehmann, Göttingen, und bekannte praktische Züchter, u. a. der Präsident der Landwirtschaftskammer Dresden, Rittergutsbes. Vogellang, und Rittergutsbesitzer Dr. von Laer auf Oberbehme i. W. ihre Mitwirkung in Aussicht gestellt. Unterkunftsmöglichkeit ist in Ruhlsdorf und dem benachbarten Teltow, aber auch in Berlin, gegeben. Nähere Auskunft erteilt kostenfrei die Versuchswirtschaft Ruhlsdorf, Kreis Teltow bei Berlin. Da bei den letzten Jahrgängen die zuletzt gemeldeten Teilnehmer nicht mehr berücksichtigt werden konnten, ist eine rechtzeitige Anmeldung dringend zu empfehlen.

— **Die Bedeutung der Provinzpresse.** Goldene Worte über die Bedeutung der Provinzpresse sprach vor einiger Zeit der inzwischen verstorbene Wirkl. Geh. Rat Dr. Roscher-Dresden: „.... Neben den Zeitungen, die über das ganze Deutsche Reich oder über einen ganzen Bundesstaat verbreitet sind, haben Provinzblätter, die den Erlebnissen, Verhältnissen und Bedürfnissen einer engen, begrenzten Landschaft sich widmen, große Bedeutung. Solche Blätter dienen in hervorragender Weise dem Heimatsinne und halten in der Fremde den Zusammenhang mit der lieben Heimat aufrecht. Die Vaterlandsliebe gründet sich auf Heimatsinn, sie ist die natürliche Erweiterung der Heimatliebe. Besondere Bedeutung haben Provinzblätter für die, die in der Unruhe und dem Gewühl der Großstadt die Fühlung mit der Heimat nicht verlieren wollen. Eine leistungsfähige, auf edle Ziele gerichtete Provinzpresse ist daher ein wichtiges Bedürfnis. Sie verbindet die Bewohner einer ganzen Landschaft untereinander.

— **Turnverein.** Auf das am heutigen Sonnabend abend im „Schlesischen Adler" stattfindende Herbstvergnügen nebst Siegerfeier machen wir an dieser Stelle noch ganz besonders aufmerksam. Das Programm bietet reiche Unterhaltung auf dem Gebiete des Turnens, des Männergesanges und der Vorträge. Das Eintrittsgeld ist auf nur 60 Pf. mit Steuer festgesetzt.

— **Theater.** Das Hirschberger Ensemble hatte am Donnerstag nochmals den Versuch gemacht, das Publikum für eine Vorstellung zu gewinnen. Leider wieder mit nur geringem Erfolg. Gegeben wurde „Liebfrauenmilch", ein Spiel um die Ehe in 4 Stationen von Heinrich Algenstein. Der Titel schon ist sehr verlockend. Ein junges Ehepaar, dem Fortuna alle Voraussetzungen für eine glückliche Ehe gegeben hat, lebte sich auseinander. Warum? Weil die junge Frau Dodo sich unverstanden fühlt und ihren Mann unausstehlich findet, weil er sich durch nichts aus seiner Ruhe bringen lassen will. Ueber ihrem Heim schwebt der Geist eines verstorbenen Grafen, dessen Kammerdiener Friedrich, von Dr. Seger in Dienste genommen, für alle Situationen aus der Praxis seines verstorbenen Herrn das erforderliche Getränk zu servieren weiß. In den schönsten Ehestreit hinein kommt Hella Lührmann, die Freundin der beiden Eheleute, und durch eine Radikalkur heilt sie ihre Freunde, die sich zum Schluß wiederfinden. Sie selbst wird von ihrer Jugendliebe zu Dr. Seger kuriert und gibt Hand und Herz dem Rechtsanwalt Breusing zum Ehebund. Mit Spannung folgte das Publikum der Handlung, die sehr geschickt aufgebaut bis zum Ende fesselte. Die Darstellung war tadellos. Jeder der Mitspieler gab sein Bestes, sie mögen sich daher mit einem Gesamtlob begnügen, das sie voll verdient haben. Das Publikum amüsierte sich köstlich und spendete der Darstellung begeisterten Beifall.

):(**Feueralarm.** Gestern gegen 5,30 Uhr abends ertönte plötzlich Feueralarm. Bei dem Kutscher Schmiegel in der Feldgasse hatte die 11jährige Tochter Feuer angezündet und dabei aus Versehen die Ofentür offen gelassen. Dadurch ist etwas Glut herausgefallen und in einen vor dem Ofen stehenden Korb mit Spänen gefallen. Die Späne glimmten an, und es bildete sich starker Rauch. Da die Mutter nicht in der Stube war, stießen die Kinder gellende Hilferufe aus, sodaß sofort Alarm geschlagen wurde. Hilfsbereite Leute löschten das Feuer, sodaß die bald eintreffende Feuerwehr wieder abrücken konnte, ohne in Tätigkeit zu treten.

nl. **Liegnitz**, 29. Oktober. (Tagung.) Die Berufsämter Niederschlesiens hielten hier ihre Tagung ab, auf dem der gegenwärtige Stand der Berufsberatung und die Gefahr eines kommenden Lehrlingsmangels eingehend besprochen wurden. Man beriet über Methoden und Technik der Berufsberatung unter Zugrundelegung der Verhältnisse eines Landkreises.

nl. **Langenöls**, 29. Oktober. (Unfall.) Der Vorschlosser Junge aus dem Mitteldorf wurde Montag abend auf der Chaussee von einem Motorradfahrer angefahren, daß er zu Fall kam und bewußtlos liegen blieb. Der Motorradfahrer fuhr, ohne sich um den Verletzten zu kümmern, davon, konnte aber von der hiesigen Polizei ermittelt werden.

Breslau, 29. Oktober. (Das reparaturbedürftige Kaiser Wilhelm-Denkmal.) Bei den Steinmetzarbeiten am Kaiser Wilhelm-Denkmal, die bekanntlich spaßigerweise von beunruhigten Passanten als Vorbereitungen zu einem Attentate aufgefaßt wurden, handelte es sich lediglich um die Ausbesserung einer zerstörten Granitplatte der Sockelverkleidung. Es sind leider bedenkliche Risse entstanden, die im Laufe der Jahre infolge Temperaturschwankungen vom Sommer zum Winter, den mit schweren Granitplatten umkleideten Sockel des Denkmals auseinandertreiben wollen; an einzelnen Stellen klaffen die ursprünglich einen halben Zentimeter starken Stoßfugen bereits bis zu vier Zentimeter auseinander. Die ausschlaggebende Rolle spielt dabei die sprengende Wirkung des Eises, die ja die widerstandsfähigsten Gesteine zermürbt.

Breslau, 29. Oktober. (Von einem unbekannten Auto zu Tode gefahren.) In der Nacht vom 27. zum 28. Oktober kam der Tischler Nowotny aus Hundsfeld mit seinem Rade von Sibyllenort nach Hundsfeld. Unterwegs wurde er von einem Automobil erfaßt und überfahren. Ein später des Weges kommender Landjäger fand den Getöteten, dessen Handgelenke gebrochen waren. Der Rücken wies furchtbare Verletzungen auf. Von dem Auto war nichts mehr zu ermitteln. Es muß jedoch als ausgeschlossen gelten, daß der Führer des Kraftwagens den Unfall nicht bemerkt haben sollte. N. ist Vater von acht Kindern und hatte sich erst vor einem halben Jahr selbständig gemacht.

Humor

— **Der Liebhaber.** Er hatte einen Korb von seiner Angebeteten erhalten, lief verzweifelt nachhause, verbrachte eine schlaflose Nacht und schrieb am Morgen folgende Epistel: „Liebe Fanny, ich kann ohne Dich nicht leben. Deshalb nehme ich jetzt Gift, und wenn Du diese Zeilen erhälst, bin ich tot, ist alles vorüber. Vielleicht wirst Du eine Träne für mich übrig haben in der Erinnerung an die glücklichen Tage." — Erbleichend las Fanny die Unglücksbotschaft. Dann fragte sie den Dienstmann, der das Billet gebracht hatte, und noch dastand, was er wolle. — „Der Herr sagte, ich solle auf Antwort warten!"

Kredite für Kleinbetriebe.

(Von einem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter.)

Es scheint, als sei nun endlich in maßgebenden Kreisen die Erkenntnis durchgedrungen, daß der Kleinbetrieb ausreichende Gelder zur Verfügung haben muß. Wie bekannt, wurde dem Beschluß des Preußischen Landtags insofern entsprochen, als die preußische Regierung 22 Millionen Mittelstandskredite zur Verfügung gestellt hatte, daß ferner die Seehandlung und schließlich die mit der Überleitung betrauten Banken ebenfalls die gleiche Summe zur Verfügung stellten, so daß nun 66 Millionen Mark verfügbar sind. Wenn man bedenkt, daß es Genossenschaften gibt, die von den zuerst flüssig gemachten 22 Millionen ganze tausend Mark zur Verteilung erhielten, wird einleuchten, daß auch der dreifache Betrag eine ausreichende Hilfe kaum ist.

Die Berliner Sparkasse hat kürzlich einen Ausweg gefunden, der zur Nachahmung empfohlen werden kann. Bei der Verteilung von Postgeldern hat die Sparkasse einen solchen Ansturm von Darlehnssuchern zu bewältigen gehabt, daß Hunderte von Gesuchen abgelehnt werden mußten, weil die Sicherheitsansprüche nicht genügten. Um dem abzuhelfen und Kreditwürdigen beispringen zu können, hat die Stadt Berlin eine Bürgschaft von einer halben Million Mark übernommen, so daß die Berliner Stadtbank, ohne die Gelder ihrer Sparer zu gefährden, bei Hergabe von Darlehen freier verfahren kann. Ein stärkerer Beweis für die Notlage der Kleinen läßt sich nicht denken, denn gerade die Berliner Sparkasse ist wegen der Vorsicht bei der Kreditgabe bekannt. Wenn sie bereit ist, Blankokredite zu geben, weil einigermaßen ausreichende Sicherheiten nicht mehr vorhanden sind, beweist dies, wie verarmt der Mittelstand ist.

Da weder die Banken noch die Kreditgenossenschaften ausreichend zu helfen vermögen, bleibt nur die Behörde — Reich, Staat und Gemeinde. Reich und Staat werden in nächster Zeit ausreichendere Mittel zur Verfügung haben, denn die Landwirtschaftskredite sollen am 15. November, 10. Dezember und 1. Januar zurückgezahlt werden. Wie man im Preußischen Landtage hörte, hatten Verhandlungen wegen der Überleitung dieser Gelder in Kleingewerbebetriebe begonnen. Leider schien dieses Projekt im Reichsfinanzministerium auf Widerstand zu stoßen, denn auch andere Wirtschaftskreise behaupten von sich, daß gerade sie diese Gelder am dringendsten gebrauchen. Diese Gruppen vermögen ihren Bedarf zahlenmäßig nachzuweisen und einwandfrei zu begründen, beim Mittelstand ist das leider noch nicht nachzuweisen. Nirgends ist eine sichere, zuverlässige Unterlage für den Kreditbedarf der Kleinbetriebe zu beschaffen.

Gerade der geplante Preisabbau hätte aber die Folgerung, dem Kleinbetrieb zu helfen, denn die Kreditnot erfordert gerade bei ihm eine große unproduktive Arbeit. Beim Kleinbetrieb wirkt die Kreditnot preissteigernd. Man denke nur an einen Klempner- oder Dachdeckermeister, der einen gutlohnenden Auftrag in der Tasche hat, aber zur Bezahlung der Löhne und des Handwerkszeuges usw. Geld braucht. Wenn er verdienen will, müssen doch die Zinsen, die Spesen und die Zeit zur Beschaffung dieses Kredites irgendwie bei dieser oder einer anderen Arbeit zum Vorschein kommen, und sie sind heute nicht gering. Daß dies preissteigernd wirken muß, bedarf keiner Begründung. Staat und Kommunen haben aber schließlich doch die Pflicht, zu helfen. Nicht nur wegen der genugsam erörterten Übersteuerung, sondern auch, weil sie selbst in ihrer eigenen Kasse dem Prinzip der Sparsamkeit nicht so folgen, daß man ihren Verwaltungen nicht auch die Nachwirkungen des vergangenen Jahres ansehen könnte. Wie in der Wirtschaft sollte hier jede Gemeinde, jeder Staat seine Ehre darein setzen, im Haushalt soviel Ersparnisse zu machen, daß mindestens die sehr große Zahl der Gebühren wegfallen könnte. Sehr viele Gebühren, u. a. die Elektrizitätstarife, müßten schon längst zeitgemäß revidiert sein. Sparsamkeit muß in jedem Verwaltungskörper herrschen. Verlangt man vom Privathaushalt, von allen Schichten der Wirtschaft äußerste Einschränkung, müssen die Behörden aller Grade mit gutem Beispiel vorangehen.

O. J. Seidler.

Die gefährliche Ratte.

Aufruf zum Kampf gegen die Nager.

In Berlin und in anderen deutschen Großstädten wurden in den letzten Jahren wiederholt „Rattentage" oder „Rattenwochen" veranstaltet, aber alle Bemühungen, der gefährlichen Nager Herr zu werden, blieben vergeblich, da die Ratten sich bekanntlich in unheimlicher Weise vermehren. Jetzt kommen aus England, aus Indien, aus Amerika, aus Dänemark und aus vielen anderen Ländern neue Notschreie: „Die Ratte frißt einen großen Teil unseres Volksvermögens auf, die Ratte verbreitet als Bakterienträger die furchtbarsten Seuchen, und es ist höchste Zeit, daß eine internationale Einheitsfront der Menschen gegen diesen unheimlichen Feind der Menschheit zustande kommt!"

Man hat ausgerechnet, daß es mindestens ebensoviel Ratten wie Menschen auf der Erde gibt, ja die Indier behaupten sogar, daß sie allein fast eine Milliarde Ratten besäßen. Die Ratte schleppt die Keime Dutzender von Krankheiten durch die Welt: Pest, Tuberkulose, Lepra, unter Umständen sogar Tollwut soll durch sie verbreitet werden. Und nicht bloß die Ratte „in eigener Person", nein, auch alles, was in und auf ihr sitzt, wirkt todbringend. Hat man doch wissenschaftlich ermittelt, daß ein sonst verhältnismäßig harmloser Parasit wie der Floh, wenn er an eine Pestratte gelangt, in seinem nur 0,5 Kubikmillimeter fassenden Magen bis zu 50 000 Pestbazillen mit sich tragen kann. Man kann ja die Ratte durch Gift „ködern", aber auch das kann sehr bedenklich werden, denn infizierte Ratten haben Bakterien auf Schlachtvieh und Fleisch übertragen und auf diese Weise dem Menschen die Erreger von Fleischvergiftung zugeführt. Dazu kommt noch, daß die Ratten soviel Schaden anrichten, daß z. B. uns in Deutschland jede Ratte auf etwa 4,50 Mark jährlich zu stehen kommt: soviel müssen wir aufbringen, um ihren Hunger zu stillen.

Es sei zum Schluß noch darauf hingewiesen, daß während des Weltkrieges die Soldaten in den Schützengräben die Ratten beinahe ebenso gefürchtet haben wie Schrapnells und Granaten.

Nah und Fern.

○ **Erblindungsversicherung** heißt ein bisher gänzlich unbekannter Versicherungszweig, der neu eingeführt wird. Durch Bezahlung einer einmaligen Prämie versichert man ein bestimmtes Kapital, wie in der Lebensversicherung, mit dem Unterschied, daß dieses Kapital, statt beim Ableben, im Fall der Erblindung fällig wird. Die Versicherung kann auch auf den Fall der bloß einseitigen Erblindung ausgedehnt werden.

⊙ **Eine Sechslingsgeburt.** Wie man aus Madrid meldet, kam im Dörfchen Marbella eine Frau, die sich im fünften Monat befand, mit Sechslingen nieder, von denen drei männlichen und drei weiblichen Geschlechts waren. Keines der Kinder konnte am Leben erhalten werden. Der Zustand der Mutter gibt zu den schwersten Besorgnissen Anlaß.

⊙ **Unter den Trümmern eines einstürzenden Balkons.** Bei einer Ansprache, die der Bürgermeister von Athen während der städtischen Wahlen hielt, stürzte ein Balkon ein und begrub den Bürgermeister mit zwölf Stadtverordneten unter seinen Trümmern. Alle 13 wurden schwer verletzt.

⊙ **Das Kriegsgemälde des Pazifisten.** Der englische Kriegsmaler Nevinson, der jetzt zum Pazifismus übergetreten ist, verlangt, daß ein in der Londoner Tate-Galerie hängendes, von ihm geschaffenes Kriegsbild entfernt wird, weil es trotz seiner Lebenswahrheit das Scheußlichste und Unkünstlerischste sei, was er jemals gemalt habe.

⊙ **Eine Ansprache des Papstes an die ganze Welt?** Es ist angeregt worden, den Papst zu einer Ansprache an die ganze Welt zu veranlassen. Die Ansprache würde, wie aus London gemeldet wird, durch Rundfunk verbreitet werden, und zwar würde sie in England von der Empfangsstelle Hayes aufzunehmen und von Daventry weiterzuverbreiten sein.

Bunte Tageschronik.

Berlin. Hier starb an den Folgen eines vor drei Wochen erlittenen Schlaganfalles im Alter von 83 Jahren der seit 1921 im Ruhestande lebende Kammergerichtspräsident Exzellenz Dr. Heinroth.

Magdeburg. In der Zuckerfabrik von Wolmirstedt bei Magdeburg wurden drei Arbeiter durch eine Explosion getötet.

Dresden. Dem früheren Präsidenten der Zweiten Sächsischen Kammer, Geheimrat Dr. Paul Wilhelm Vogel, der vor kurzem seinen 80. Geburtstag begehen konnte, ist für seine in langjähriger gemeinnütziger Tätigkeit um die Stadt Dresden erworbenen Verdienste von den städtischen Körperschaften die Goldene Ehrendenkmünze der Stadt Dresden verliehen worden.

Paris. „Journal" meldet aus Madrid, daß bei einer Feuersbrunst im Dorfe Villanos eine siebenköpfige Familie lebendig verbrannt ist.

London. Der bekannte irische Dichter Barrell Figgin, der auch Mitglied des Deil Iran ist, verübte Selbstmord. Die Ursache besteht darin, daß seine Geliebte sich einer Operation unterzog, derentwegen verschiedene ungünstige Vermutungen ausgesprochen wurden.

Alexandria. Das Grab des ägyptischen Pharaos Tutanchamon ist wieder geöffnet und der Deckel des Sarkophags entfernt worden. Darin steht ein zweiter Sarkophag, der mit einer dünnen Leinendecke und Blumensträußen bedeckt ist. Decke und Blumen sind gut erhalten

„Bauer in Not".

Die Kundgebung des Reichslandbundes.

Berlin, 29. Oktober.

Nach dem Vortrag des Reichsernährungsministers Grafen Kanitz nahm der Landbund in seiner gestrigen Sitzung die Entschließung auf dringende Hilfe für die Landwirtschaft einstimmig an. Rittergutsbesitzer v. Zitzewitz-Kottow (Pommern) sprach über die Lage der landwirtschaftlichen Großbetriebe. Er forderte planmäßige, die Lage des einzelnen Betriebes berücksichtigende Schuldentilgung. Die Notlage des Großgrundbesitzes werde auf die Industrie die schärfsten Rückwirkungen haben, da sein Ausfall als Großkonsument sich am fühlbarsten bemerkbar machen müsse. Vom Standpunkt der Arbeitnehmer schilderte der Vorsitzende des Reichslandarbeiterbundes, Reichstagsabgeordneter Wolf, die durch die Absatzkrise für die Landarbeiterschaft heraufbeschworene Gefahr. Weitere Referate erstatteten Hofbesitzer Helmcke-Hannover über die Not des nord- und westdeutschen Bauerntums und Reichstagsabgeordneter Ökonomierat Bachmann-Westheim über die Krise der süddeutschen landwirtschaftlichen Kleinbetriebe, wobei er ein erschütterndes Bild von der Lage der Kleinbetriebe mit ungefähr 4 Hektar Besitz entrollte. Sämtliche Reden wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Die Amerikareise des Dr. Stinnes.

„Eine längst geplante Studienreise."

Vom Sekretariat Dr. Edmund Stinnes' wird eine Erklärung verbreitet, in der es u. a. heißt: Dr. Edmund Stinnes trug sich schon längere Zeit mit der Absicht, für einige Monate nach Amerika zu gehen, um Land und Leute kennenzulernen, volkswirtschaftliche Studien zu treiben und so Ablenkung und Erholung zu suchen. Diese Absicht war in seinem Freundeskreis und weit darüber hinaus allgemein bekannt. Briefe und Anordnungen geschäftlicher Art lassen hierüber keinen Zweifel zu. Es sei noch ausdrücklich betont, daß Dr. Edmund Stinnes in Amerika keinerlei geschäftliche Interessen verfolgt und es sich hier lediglich um eine Studien- und Erholungsreise handelt. — Von einer „Auswanderung" kann nicht die Rede sein. Dr. Edmund Stinnes fährt nach wenigen Monaten wieder nach Deutschland zurück, wo er alle seine Beziehungen und Interessen aufrechterhalten hat. Dr. Edmund Stinnes hat seine Reise nach Rücksprache und im Einvernehmen mit allen interessierten Persönlichkeiten angetreten, insbesondere nach ausführlichen Verhandlungen mit den Geschäftsaufsichtführenden der „Aga", Herrn Kommerzienrat Manasse, und seinem juristischen Beirat, Herrn Justizrat Pinner.

Meineidsprozeß Loeb.

§ Weimar, 29. Oktober.

Vor dem Schwurgericht Weimar begann ein Strafprozeß, der neben der strafrechtlichen Bedeutung für den Angeklagten, den ehemaligen Staatsbankpräsidenten Walter Loeb aus Frankfurt a. M., auch ein allgemeines Interesse verdient.

Die Vorgeschichte zu diesem Meineidsverfahren reicht zurück auf die Stellung Loebs vor seiner Berufung nach Thüringen, und zwar als Aufsichtsratsvorsitzender der Süddeutschen Transportversicherung („Sütrag) in Frankfurt a. M. Gegen diese Gesellschaft und ihren Direktor Franke wurde im Jahre 1919 auf Anzeige des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherung ein Strafverfahren eingeleitet, weil sie die Aufruhrschädenversicherung in ihren Geschäftszweig mit aufgenommen hatte, ohne hierzu die Genehmigung zu haben.

Die Anklageschrift legt nun Loeb einen Meineid zur Last, indem er bei seiner Vernehmung im Verfahren gegen den Direktor Franke der Wahrheit zuwider angegeben habe, er sei im Oktober 1919 im Reichsaufsichtsamt für Privatversicherungen in Berlin gewesen, habe dort mit dem Oberregierungsrat Meißner verhandelt und die Auskunft erhalten, daß die Frage, ob eine von der Süddeutschen Transportversicherungsgesellschaft betriebene Aufruhrversicherung genehmigungspflichtig sei oder nicht, noch nicht entschieden sei. Weiter habe Loeb verschwiegen, daß er schon vor dem Spätsommer 1919 zugunsten der genannten Gesellschaft tätig gewesen sei. Seit seinem Rücktritt von der Staatsbankleitung ist Loeb zweimal vorbestraft. Loeb erklärt, er halte seine damals unter Eid gemachte Aussage voll aufrecht. Er habe damals im Reichsaufsichtsamt mit Oberregierungsrat Meißner verhandelt.

Arbeiter und Angestellte.

Frankfurt a. Main. (Der Lohnkampf in der chemischen Industrie.) Die Zahl der streikenden und der ausgesperrten Arbeiter in der chemischen und der Gummi-Industrie beläuft sich zurzeit in 26 Betrieben auf 15 413. Davon entfallen allein auf die Höchster Farbwerke, Höchst a. Main, etwa 9000 Arbeiter. Es kann damit gerechnet werden, daß in der nächsten Zeit weitere Aussperrungen erfolgen, wodurch die Zahl auf etwa 26 000 steigen dürfte. Besonders schwer sind von der Aussperrung die Stadt Höchst und die angrenzenden Orte betroffen, wo der Konflikt sich bereits stark in dem gewerblichen Leben bemerkbar macht. Alle Tanzvergnügungen in den Gemeinden sind verboten.

Börse und Handel.

Amtliche Berliner Notierungen vom 29. Oktober.

* **Börsenbericht.** Bei ausgesprochener Geschäftsunlust hielten sich die Umsätze in den engsten Grenzen, daher konnten oft geringfügige Orders verhältnismäßig bedeutende Kursänderungen bewirken. Verstimmend wirkten insbesondere ungünstige Industrieberichte und weitere Betriebsstillegungen. Der Markt der inländischen Anleihen lag ruhig und gleichfalls schwächer. Am Geldmarkt war ein leichtes Anziehen der Sätze zu beobachten, tägliches Geld 8,50—10,50, monatliches Geld 10—12 %.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,33—20,38; holl. Gulden 168,82—169,24; Danz. 80,65 bis 80,85; franz. Frank 17,55—17,59; belg. 19,04—19,08 schweiz. 80,92—81,02; Italien 16,56—16,60; schwed. Krone 112,29—112,57; dän. 104,42—104,68; norweg. 85,69 bis 85,91; tschech. 12,42—12,46; österr. Schilling 59,12 bis 59,26; poln. Zloty (nicht amtlich) 69,22—69,58.

* **Butternotierung.** 1. Qualität 2,10 M., 2. Qualität 1,80 Mark, abfallende Butter 1,60 M.

* **Eierbörse.** a) für inländische Eier: frische Inlandseier über 55 Gramm 20 Pfg., frische Inlandseier unter 55 Gramm 16 Pfg.; b) für ausländische Eier: extra große Eier 23—24 Pfg., große Eier 15—21½ Pfg., normale Eier 12½—14 Pfg., abweichende Eier 11—12 Pfg., kleine und Schmutzeier 10½ bis 11 Pfg., Kühlhauseier 12—12½ Pfg., italienische und dänische Kühlhauseier 15½—18 Pfg. Tendenz flau, Witterung warm.

* **Produktenbörse.** Während in Nordamerika sich die Weizenpreise wenig änderten, lauteten die Liverpooler Kurse niedriger, und das trug wohl dazu bei, die hiesige Unternehmungslust zurückhaltend zu machen. Für Roggen ist die Nachfrage ruhiger; Export- und Müllerfrage ist vorsichtiger geworden. Per Oktober waren noch weitere nicht unansehnliche Mengen angedient. Gerste hatte schweres Geschäft, Hafer blieb ruhig, aber stetig. In Mehl fand vermehrtes Geschäft statt zu unveränderten Preisen. Futterartikel wenig verändert.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

	29. 10.	28. 10.		29. 10.	28. 10.
Weiz., märk.	215-218	215-218	Weizkl. f. Brl	11,3-11,4	11,3-11,4
pommerscher	—	—	Rogkl. f. Brl.	9-9,3	8,9-9,2
Rogg., märk.	145-149	145-149	Raps	—	—
pommerscher	—	—	Leinsaat	—	—
westpreuß.	—	—	Viktor.-Erbs.	26-32	26-32
Braugerste	198-218	198-218	kl. Speiseerbs	25-27	25-27
Futtergerste	155-165	156-164	Futtererbsen	20-23	20-23
Hafer, märk.	166-176	166-176	Peluschken	18-19	18-19
pommerscher	—	—	Ackerbohnen	20-22	20-22
westpreuß.	—	—	Wicken	22-25	22-25
Weizenmehl			Lupin., blaue	12-12,5	12-12,5
p. 100 Kil. fr.			Lupin., gelbe	—	—
Bln. br. inkl.			Seradella	—	—
Sack (feinst.			Rapskuchen	14,8	15
Mrk. ü. Not.)	26,7-30,7	26,7-30,7	Leinkuchen	21,8-21,9	21,8-22
Roggenmehl			Trockenschtzl.	8,3-8,6	8,3-8,6
p. 100 Kil. fr.			Soya-Schrot	20,2-20,3	20,2-20,3
Berlin br.			Torfml. 30/70	9,4-9,6	9,4-9,6
inkl. Sack	21,5-23,2	21,2-23,2	Kartoffelfl.	13,4-13,8	13,5-14

* **Marktbericht von Leer in Ostfriesland vom 28. Oktober.** Zum Zucht- und Nutzviehmarkt waren 1862 Stück Großvieh angetrieben. Auswärtige Händler wenig vertreten. Handel sehr flau, es bleibt großer Überstand. Es bedangen: A. Großviehmarkt: 1. Qualität hochtragende Kühe 650—800 Mark, 2. Qualität hochtragende Kühe 500—600 Mark, 3. Qualität hochtragende Kühe 350—450 Mark, hoch- und niedertragende Rinder 300—600 Mark, 1¼ jährige Zuchtbullen 300—600 Mark, 1—2 jährige güste Rinder 150—375 Mark, Kuh- und Bullkälber 100—250 Mark, Schlachtvieh pro Zentner 25—50 Mark. In allen Gattungen vereinzelt über Notiz. B. Kleinviehmarkt: Antrieb 125 Stück. Ferkel 18—25 Mark, Läufer 40—50 Mark, Schafe und Lämmer 25—30 Mark.

Geschäftliche Mitteilungen.

— **Warum man Tee trinkt.** Engländer und Russen, die stärksten Teeverbraucher, trinken den Tee aus Gewohnheit, der Deutsche mit Ueberlegung. Er will nicht nur trinken, sondern den ganzen Genuß auskosten, der im Tee liegt. Deshalb haben sich die guten, gehaltvollen Sorten, wie sie etwa durch die Mischungen „Rot" und „Gold" der in Deutschland wohl bekanntesten Marke „Teekanne" verkörpert werden, in unablässig steigendem Umfange eingeführt. Tee's, wie die erwähnten Sorten, haben jenen feinen, aromatischen Geschmack, der Gaumen und Nerven befriedigt, ohne schädliche Nebenwirkungen zu haben.

Kirchliche Nachrichten.

Evangelische Kirche.

Sonntag, den 1. November (Reformationsfest), vormittags 9 Uhr Beichte und heil. Abendmahl, 9,30 Uhr Festgottesdienst (Pastor Kuske).. — Kollekte: Gustav Adolf-Verein.

Vereins-Kalender.

M.-G.-V. „Harmonie". Jeden Freitag von 8 Uhr ab Gesangstunde im „Goldenen Löwen".

Radfahrerklub „Silesia". Sonntag, den 1. November: Gemeinsame Ausfahrt mit der Jugendabteilung. Abfahrt nachmittags 1 Uhr vom Hotel „Viktoria". Ziel wird dort bekannt gegeben.

Dienstag, 3. November, abends 8 Uhr: Jahres-Hauptversammlung. — Vorstandswahlen usw.

Schützengilde. Schlußschießen am Dienstag, den 3. 11. Anfang nachmittags 1 Uhr auf dem Scholberge. Die Kameraden werden ersucht, Geschenke mitzubringen.

Stenographen-Verein „Stolze-Schrey". Jeden Mittwoch, abends von 8 Uhr ab: Uebungsabend in der Evang. Schule.

Amtliche Bekanntmachungen.

1. **Feldmäuse-Vertilgung.** Auf die am Bekanntmachungsbrett aushängende Verfügung betreffend Löffler'sche Mäusetyphusbazilluskulturen werden Interessenten hingewiesen.
2. **Polizeistunde.** Schlußstunde in Gastwirtschaften u. öffentlichen Versammlungsräumen ist seit 1. d. M. wieder auf 11 Uhr abends, ausgenommen an den Sonnabenden, Sonn- und Feiertagen, festgesetzt. An letzteren Tagen dauert die Polizeistunde bis 12 Uhr.

Bad Warmbrunn, den 29. Oktober 1925.

Der Amtsvorsteher.

1. **Die Auszahlung der Unterstützung für die Kleinrentner und Sozialrentner** erfolgt am Sonnabend, den 31. d. Mts., und zwar für die Kleinrentner von vorm. 9—10 Uhr und für Sozialrentner von 10 bis 10,30 Uhr im Gemeindeamt.
2. Die **Flußkatasterbeiträge** sind mit den Steuern für den Monat November d. Js. an die Gemeindekasse zu zahlen.
3. **Feuerlösch- und event. übungspflüchtig für den Monat November 1925** ist Abteilung 2. Anfangs-Buchst. J. — Qu. Versammlungsort „Schlesischer Adler".
4. **Nachweis des Anleihealtbesitzes.** Anträge sind mündlich am Dienstag und Freitag jeder Woche, nachm. von 3—5 Uhr im 1. Stock, Zimmer Nr. 1 anzubringen. Während der Kassenstunden können derartige mündliche Anträge in der Gemeindesparkasse nicht erledigt werden.
5. **Ziegenbockstation.** Zur Zucht geeignete und angekörte Ziegenböcke stehen bei
   Reinhold Just, Voigtsdorfer Straße Nr. 55,
   Anna Bürgel, Zackenaue Nr. 18.

Ungekörte Böcke dürfen nicht benutzt werden.

Bad Warmbrunn, den 30. Oktober 1925.

Der Gemeindevorstand.

Erkannt

haben alle meine Kunden die Güte und Preiswürdigkeit meiner Stoffe (herrliche Norwegertuche), Leinen, Gardinen, Wäsche, Trikotagen, Klubjacken, Strickwolle.

Ueberzeugen auch Sie sich!

Maria Peschmann, Restehandlung

Bad Warmbrunn, Schloßplatz.

„Unser Schlesierland"

Volks-Kalender für das Jahr 1926.

Vorrätig in der Geschäftsstelle d. Ztg.

Preis 70 Pfennig Preis 70 Pfennig

Gasthof „Schwarzer Adler" :•: Bad Warmbrunn

Sonnabend, den 31. Oktober 1925:

Grosse Kirmes-Feier

mit musikalischer Unterhaltung

Es bittet um freundlichen Zuspruch

Familie E. Enderwitz.

Tanz-Unterricht

erteile ich in Bad Warmbrunn

Kurse für Schul-Jugend
Kurse für Erwachsene
Kurse für Ehepaare
sowie Einzel-Unterricht

Anfragen und Anmeldungen an

Ruth von Bültzingslöwen

Breslau 13, Lothringer-Strasse 10.

In meinem

Zeitschriften-Lese-Zirkel

sind noch einige gute Mappen

zu vergeben.

Buchhandl. Osw. Weisser

Bad Warmbrunn.

Winter-Damen-Mäntel

von 12.00 Mk. an

Werner, Warmbrunn

Kränze etc.

für Allerseelen empfiehlt in geschmackvoller Ausführung und verschiedensten Preislagen

Blumenhalle Georg Dülser

Inh.: Else Dörrast,

Bad Warmbr., Schloßpl. 12.